

Australien

AM ANFANG EINES LANGEN WEGES

Thomas Kaulisch

Einführung

Australien hat das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) am 30. März 2007 unterzeichnet. Die Ratifizierung des Übereinkommens erfolgte am 17. Juli 2008; dies bedeutete, dass die Dokumente für Australien am 16. August 2008 verbindlich wurden. Australien hat das Übereinkommen als 30. Land ratifiziert. Am 21. August 2009 trat Australien dem Fakultativprotokoll bei, das am 20. September 2009 in Kraft trat.

Anlässlich der Ratifizierung erklärte Australien, dass es „die Rechts- und Handlungsfähigkeit der Menschen mit Behinderungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen in allen Lebensbereichen anerkennt. [...] Australien anerkennt, dass jede behinderte Person das Recht auf Achtung ihrer körperlichen und geistigen Integrität auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen hat. Australien äußerte ferner dafür Verständnis, dass das Übereinkommen die obligatorische Assistenz oder Behandlung behinderter Menschen berücksichtigt, einschließlich notwendiger Maßnahmen zur Behandlung von Menschen mit geistiger Behinderung, und zwar als letzte Möglichkeit und unter Beachtung von Sicherungen; Australien erkennt Menschen mit Behinderungen das Recht auf Freizügigkeit, auf freie Wahl ihres Aufenthaltsortes und auf eine Staatsangehörigkeit an auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen.“¹

In Australien wurden das Justizministerium (Attorney-General's Department, AGD) und das Ministerium für Familie, Wohnung, Gemeindedienste und Ureinwohner (Department of Families, Housing, Community Services and Indigenous Affairs, FaHCSIA) als gemeinsame Anlaufstelle für die Umsetzung des Übereinkommens benannt; im FaHCSIA ist der Parlamentarische Sekretär für Behinderung und Pflege für Angelegenheiten der Behindertenpolitik zuständig. „Australiens erster Bericht in Zusammenhang mit dem Über-

einkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (Australia's Initial Report under the Convention on the Rights of Persons with Disabilities) wurde dem UN-Ausschuss über die Rechte von Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember 2010 zugeleitet. Führende Behindertenverbände bildeten eine Projektgruppe, um den „NRO-Schattenbericht“ (NGO Shadow Report) zu entwerfen, der im Oktober 2011 der UN unterbreitet werden soll.

Parallel zum Prozess der UN-BRK haben die australischen Regierungen (auf bundesstaatlicher, einzelstaatlicher, territorialer und lokaler Ebene) einen Zehn-Jahres-Plan für eine nationale Behindertenstrategie (National Disability Strategy, NDS) auf der Grundlage eines politischen Rahmenwerkes entwickelt. Diese ursprünglich von den australischen Regierungen (Council of Australian Governments, COAG) am 13. Februar 2011 genehmigte Strategie „wird dazu beitragen, dass die dem Übereinkommen zugrunde liegenden Grundsätze in den politischen Konzepten und Programmen, die Menschen mit Behinderungen, ihre Familien und ihre Pfleger betreffen, berücksichtigt werden. Sie wird dazu beitragen, dass Australien seiner Verantwortung gegenüber dem Übereinkommen gerecht wird.“² Alle Einzelstaaten und Territorien verfolgen eine eigene Behindertenpolitik.

Während die nationale Behindertenstrategie einen breiten Ansatz verfolgt, zielt die nationale Behindertenübereinkunft, (National Disability Agreement, NDA) im Folgenden Behindertenübereinkunft genannt, auf das vom Commonwealth, den Einzelstaaten und den Territorien bestehende Unterstützungssystem für spezielle Behinderungen ab. Die von den australischen Regierungen am 29. November 2008 genehmigte und am 1. Januar 2009 in Kraft getretene nationale Behindertenübereinkunft will Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen, ihre Familien und Pfleger verbessern und ausweiten. Im Rahmen der nationalen Behindertenübereinkunft ist das Commonwealth weiterhin für die Einkommensunterstützung und die Arbeitsvermittlung von Menschen mit Behinderungen verantwortlich. Die Bundesstaaten sind für die Unterstützungsdienste für behinderte Menschen zuständig.

Nach statistischen Angaben hatten im Jahr 2009 ungefähr vier Millionen Australier beziehungsweise 18,5 Prozent der Bevölkerung eine Behinderung; 1,27 Millionen von ihnen wiesen eine schwere Behinderung beziehungsweise eine schwerwiegende Einschränkung auf. Von

den in einem Haushalt lebenden behinderten Menschen im Alter von fünfzehn bis 64 Jahren übten 54 Prozent eine berufliche Tätigkeit aus gegenüber 83 Prozent der Menschen, die keine Behinderung haben.³

Ratifizierung der UN-BRK und ihre politischen Folgen

„Menschen mit Behinderungen und ihre Pfleger gehören zu den am meisten benachteiligten Gruppen in der australischen Gesellschaft. Dies wird sowohl anhand öffentlicher Maßnahmen zur barrierefreien Gestaltung, des finanziellen Status als auch anhand des persönlichen Wohlbefindens sichtbar. Diese Benachteiligung ist auf das Fehlen ausreichender Unterstützungsmaßnahmen zurückzuführen.“⁴ Innerhalb der politischen Parteien wird die Verbesserung der Unterstützung für Menschen mit Behinderungen weitgehend als notwendig anerkannt.

Initiieren politischer und gesellschaftlicher Prozesse

Australische Behindertenorganisationen waren aktiv an dem Entwurf der UN-BRK beteiligt. Auch waren behinderte Menschen Teil der australischen Regierungsdelegation während der UN-Verhandlungen. Diese Beteiligung hatte im Wesentlichen zur Folge, dass Behindertenorganisationen die UN-BRK als rechtliches Rahmenwerk und als Maßstab ansehen sowie gezielt als Mittel benutzen, wenn sie um ihre Rechte bei der Regierung, ihren Behörden und in der Öffentlichkeit kämpfen.

Behindertenorganisationen nehmen jetzt oft Bezug auf die in der UN-BRK genannten Rechte, wenn sie über ihre Anliegen sprechen. Obwohl es im Gesetzgebungsverfahren in Bezug auf die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen keinen automatischen Ablauf gibt, werden Behindertenorganisationen und Dienstleister regelmäßig konsultiert und in die einzelnen Phasen des Entwurfs einbezogen.

Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen

Die UN-BRK „wurde konzipiert als ein auf Umsetzung angelegtes Dokument als detailliertes Gesetzbuch, das beschreibt, wie die bestehenden Rechte betreffend Menschen mit Behinderungen in die Praxis umgesetzt werden können.“⁵

Der Justizminister erklärte im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Menschenrechtskommission (Australian Human Rights Commission Act, 1986), Ziel sei es, die von der UN-BRK anerkannten Rechte in die Definition der Menschenrechte aufzunehmen. So kann der Australian Human Rights Commission (AHRC) beispielsweise dem Justizminister berichten, welche Gesetze in Australien zwecks Angleichung an die Bestimmungen des Übereinkommens notwendig sind.

Seit der Ratifizierung des UN-BRK wurden folgende wichtige gesetzliche Änderungen betreffend Behinderung vorgenommen:

- Mit dem Gesetz über Nichtdiskriminierung und andere zu ändernde Gesetze betreffend die Menschenrechte von 2008 (Disability Discrimination and Other Human Rights Legislation Amendment Act) wurde die UN-BRK als Mittel zur Umsetzung des Nichtdiskriminierungsgesetzes (Disability Discrimination Act) anerkannt.
- Die Normen für den Zugang zu Gebäuden und Grundstücken (Disability (Access to Premises – Buildings) Standards von 2010) wurden in das Baugesetzbuch (Building Code) von Australien vom 1. Mai 2011 aufgenommen und sorgen zum ersten Mal für einen landesweiten Mindeststandard, der die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen in öffentlichen Gebäuden erhöhen wird.
- Das Australian Disability Parking Scheme harmonisiert die bestehenden Regeln für die Parkerlaubnis behinderter Menschen. Das Programm wurde 2011 eingeführt und umfasst die Parkerlaubnis für Behinderte (Australian Disability Parking Permit), die landesweit anerkannt wird.

Bewusstseinsbildung

Die Bewusstseinsbildung ist ein Schritt innerhalb des Prozesses, die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu respektieren. Während die Behindertenorganisationen sich in den letzten Jahren einerseits sehr darum bemüht haben, das Übereinkommen unter den behinderten Menschen bekannt zu machen, hat andererseits die allgemeine Öffentlichkeit nur eine mangelnde Kenntnis davon. Es kann davon ausgegangen werden, dass die meisten Australier von der Existenz des Übereinkommens nichts wissen. Außerdem sind viele Australier mit den Problemen und Herausforderungen, mit denen Menschen mit Behinderungen tagtäglich konfrontiert sind, wahrscheinlich nicht vertraut, insbesondere was ihre Wohn- und Einkommenssituation betrifft.

Im Jahr 2009 organisierte der Nationale beratende Ausschuss über Menschenrechte, nachfolgend Menschenrechtsausschuss genannt (National Human Rights Consultation Committee), eine Reihe öffentlicher Roundtable- Gespräche, in denen Menschen mit Behinderungen und Behindertenorganisationen in ihren Berichten bestätigten, dass die Bemühungen um alltägliche Bedürfnisse und das Recht auf volle gesellschaftliche Teilhabe ein Problem sei, das nach wie vor bestehe. Dies trifft insbesondere auf die Ureinwohner Australiens und behinderte Menschen zu, die in ländlichen und abgelegenen Gegenden wohnen.⁶

Aufgrund des Berichts des Menschenrechtsausschusses stellte der Justizminister im April 2010 das Rahmenwerk für die Menschenrechte in Australien (Australia's Human Rights Framework) vor. Hierauf kündigte die australische Regierung an, die staatlichen Nichtdiskriminierungsgesetze zu überarbeiten, einschließlich des Disability Discrimination Act von 1992 (Nichtdiskriminierungsgesetz für behinderte Menschen) mit dem Ziel, die staatlichen Nichtdiskriminierungsgesetze zu einem einzigen umfassenden Gesetz zusammenzufassen und die Rechte und Pflichten klarer und verständlicher zu machen.

Dieses Rahmenwerk hebt die Wichtigkeit der Erziehung und Bildung bezüglich der Menschenrechte hervor. Das entsprechende Programm schließt die in der UN-BRK genannten Rechte mit ein und wird von der australischen Menschenrechtskommission (AHRC) und dem Justizministerium geleitet. Zurzeit drängt die australische Menschenrechtskommission auf die Aufnahme der Menschenrechte in das staatliche Unterrichtsprogramm, der von der Australian Curriculum, Assessment and Reporting Authority (ACARA) entworfen wird. Die Aufnahme der Rechte von Menschen mit Behinderungen in den staatlichen Lehrplan könnte ein weiterer Schritt in Richtung eines größeren öffentlichen Bewusstseins für die Belange behinderter Menschen sein.

Seit 2007 verleiht Australien alljährlich den National Disability Awards als Auszeichnung für Errungenschaften und Beiträge im Behinderten-sektor. Die Auszeichnungen wurden geschaffen, um ein positives Image behinderter Menschen zu fördern und das öffentliche Bewusstsein für Behindertenthemen zu schärfen.

Das National Disability Advocacy Program (NDAP) hilft Menschen mit Behinderungen, Barrieren, die ihren Alltag und ihre Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beeinflussen, zu überwinden. Die Programmziele umfassen die Information von Menschen mit Behinderungen über ihre Rechte und Pflichten und tragen zur gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung hinsichtlich behindertenrelevanter Themen bei.

Auf der Grundlage des Rahmenwerks der Menschenrechte entwickelt die australische Regierung zurzeit einen nationalen Menschenrechtsaktionsplan für 2012 bis 2014 (National Human Rights Action Plan), der sich zum Teil den Rechten von Menschen mit Behinderungen widmet. Der Plan soll im Dezember 2011 veröffentlicht werden und wird die Aktionen der Regierung skizzieren, um die im vorangegangenen Beratungsprozess bezüglich der Untersuchung Baseline Study festgestellten Menschenrechtsdefizite zu überwinden.

Verbesserung der gesellschaftlichen Inklusion

Im Jahr 2007 hat die australische Regierung eine Agenda zur gesellschaftlichen Inklusion veröffentlicht. Die Agenda beinhaltet die Vision Australiens als eine inkludierende Gesellschaft, in der sich alle Australier wertgeschätzt fühlen und die Möglichkeiten und Fähigkeiten erhalten, zu lernen, zu arbeiten, sich zu engagieren und gehört zu werden.⁷ Die Aussage „ein stärkeres faires Australien“ im Jahr 2009 unterstreicht den Regierungsplan zur Verwirklichung dieser Vision, der die Rahmenbedingungen für die Einbeziehung in die Gesellschaft enthält.

Im Dezember 2007 wurde der erste Minister für Soziale Inklusion – allerdings ohne einen Kabinettsrang zu haben – ernannt und eine Abteilung für Soziale Inklusion eingerichtet; beide haben ihren Sitz im Ministerium des Premierministers und seinem Kabinett. Die Abteilung ist für die Koordinierung eines ganzheitlichen Regierungsansatzes für soziale Inklusion verantwortlich und unterstützt mit ihrem Sekretariat die im Mai 2008 gegründete Australische Behörde für Soziale Inklusion (Australian Social Inclusion Board, ASIB), die die Regierung in politischen Konzepten und Programmen zur Verbesserung der sozialen Inklusion berät. In ihrem zweiten Jahresbericht vom Dezember 2010 hebt ASIB hervor, wie wichtig es ist, alle Teile der Gesellschaft und Regierungsebenen einzubinden, um eine inklusive Gesellschaft aufzubauen.

Förderung der Teilhabe

Die nationale Behindertenstrategie NDS weist explizit auf ihre Ziele der sozialen Inklusion und Teilhabe hin. Die Strategie beruht auf dem sozialen Modell bezüglich Behinderung (im Gegensatz zum „medizinischen“ oder „individuellen“ Modell). Sie erkennt hiermit an, dass Haltungen, Praktiken und Strukturen abweisend sind und Menschen daran hindern können, die Teilhabe am wirtschaftlichen Leben, die Einbeziehung in die Gemeinschaft und Chancengleichheit zu genießen. Das ist nicht die unvermeidbare Folge der persönlichen Beeinträchtigung. Der Gedanke, dass Menschen mit Behinderungen von größerer Benachteiligung betroffen sein können aufgrund der Reaktion der Gesellschaft gegenüber ihrer Behinderung als durch ihre Behinderung selbst, führt dazu, dass man sich auf politische Konzepte konzentriert, um diese Barrieren zu beseitigen.⁸

Bildung

Das Programm National Partnership Agreement on Early Childhood Education beinhaltet als Teil der Initiative 2009 Investing in the Early Years – A National Early Childhood Development Strategy eine Selbstverpflichtung für eine globale Barrierefreiheit: Ziel ist, bis 2013 jedem Kind zwölf Monate lang vor seiner Einschulung Zugang zu einem Vorschulprogramm zu ermöglichen. Daher gibt es mehrere Programme auf einzelstaatlicher und territorialer Ebene. Auf zentralstaatlicher Ebene fördert die australische Regierung das Hauptinstitut Children with Disability Australia.

Je nach Behinderungsart können Schüler mit einer Behinderung entweder am Regelunterricht oder am Sonderunterricht in regulären Schulen teilnehmen oder Spezialschulen besuchen. Das in 2005 verabschiedete und zurzeit überarbeitete Gesetz über Bildungsstandards für Schüler mit Behinderungen (Disability Standards for Education) legt das Recht auf vergleichbaren Zugang, Dienste und Einrichtungen dar und das Recht auf Teilhabe an Ausbildung und Schulung ohne Diskriminierung. Ungefähr 80 Prozent der Kinder und Jugendlichen mit einer Behinderung im Alter zwischen fünf und zwanzig Jahren besuchen eine Schule.

Die Teilhabe behinderter Menschen an Hochschulausbildung wird durch das spezielle Förderprogramm Higher Education Disability

Support Program unterstützt, das Ausbildungseinrichtungen Fördergelder zum Abbau von Barrieren anbietet, die die Zugänglichkeit behindern.

In Bezug auf die berufliche Aus- und Weiterbildung (vocational education and training sector, VET) haben die Regierungen auf bundesstaatlicher, einzelstaatlicher und territorialer Ebene im Jahr 2009 ein spezielles Beratungsgremium (National VET Equity Advisory Council) gegründet, das eine Politik zur Förderung der beruflichen Fertigkeiten von Menschen mit Behinderungen entwickelt. Darüber hinaus stellen die einzelstaatlichen und territorialen Regierungen Mittel für TAFE-Schulen zur Unterstützung behinderter Schüler und Studenten zur Verfügung.

Arbeitsmarkt

Um die Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsmarkt zu erhöhen, werden eine Reihe von Programmen und Mechanismen eingesetzt. Die bedeutendste Initiative ist das am 14. September 2009 in Kraft getretene Programm National Mental Health and Disability Employment Strategy (NMHDES). Es beinhaltet eine Reihe vordringlicher Aktionen mit dem Ziel, australische Staatsbürger mit Behinderungen zu einer beruflichen Beschäftigung zu verhelfen, und erkennt an, wie wichtig Aus- und Weiterbildung als Wegbereiter für nachhaltige Beschäftigung sind und wie wichtig es ist, die Rolle der Arbeitgeber, wachsende Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen zu schaffen.

Obwohl die Mental Health and Disability Employment Strategy die Verpflichtung für die Regierung enthält, ein Beispiel zu geben, indem sie Menschen mit Behinderungen im Öffentlichen Dienst (Australian Public Service, APS) anstellt, ist der Anteil behinderter Angestellter im ÖD in den letzten zehn Jahren kontinuierlich auf 3,1 Prozent im Jahr 2010 gesunken.⁹ In Australien besteht nicht die Pflicht, eine Mindestquote an Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen zu reservieren; obwohl einige Organisationen eine Quotenregelung für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen befürworten, findet diesbezüglich keine allgemeine Diskussion statt.

Das Kernstück des Beschäftigungsprogramms für Behinderte NMHDES ist der neue Disability Employment Service (DES), der ein

Netzwerk mit lokalen, von der australischen Regierung beauftragten Dienstleistungsanbietern betreibt. Das Netzwerk bietet Arbeitssuchenden mit Behinderungen eine spezielle Unterstützung an. Es nahm im März 2010 seine Arbeit auf und hat in diesem Gründungsjahr ungefähr 140.000 Menschen weitergeholfen, wobei das Hauptaugenmerk auf der Vermittlung auf den offenen Arbeitsmarkt liegt. Während zuvor die Anzahl der Vermittlungsstellen begrenzt und die Wartelisten länger waren, ist das neue System nachfrageorientiert, was bedeutet, dass alle Arbeitssuchenden mit Behinderungen sofortige Unterstützung von einer Vermittlungsstelle erhalten, um den Betroffenen zu helfen, berufliche Fertigkeiten zu erlangen und einen Arbeitsplatz zu finden.¹⁰ Die Unterstützung für die Beschäftigung behinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt fließt aus drei verschiedenen Programmen: dem produktivitäts-orientierten Lohnunterstützungssystem (Supported Wage System), dem Lohnzuschuss für Arbeitgeber (Wage Subsidy Scheme) und dem Beschäftigungsfonds mit arbeitsbezogenen Beihilfen (Employment Assistance Fund).

Im Rahmen des DES können Schüler mit Behinderungen eine auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Unterstützung erhalten, um ihnen den Übergang von der Schule zur Beschäftigung zu erleichtern. Um Menschen mit Behinderungen beim Eintritt in den Arbeitsmarkt zu unterstützen, übernimmt die australische Regierung einen Teil der Ausbildungskosten. Dies geschieht über den Disabled Australian Apprentice Wage Support.

Für Menschen mit Behinderungen, die wahrscheinlich keine Chance auf eine wettbewerbsfähige Tätigkeit auf dem offenen Arbeitsmarkt zu einem üblichen Lohn bzw. Entgelt haben und fortdauernde Unterstützung benötigen, stehen spezielle Beschäftigungsmöglichkeiten in geschützten Werkstätten, den so genannten Australian Disability Enterprises zur Verfügung. Etwa 20.000 Personen mit Behinderungen arbeiten in über 325 Niederlassungen in ganz Australien.¹¹

Gesellschaft

Um Menschen mit Behinderungen den Zugang und die Teilhabe am künstlerischen und kulturellen Leben zu verbessern, gründete der Rat der Kultusminister (Cultural Ministers Council) am 9. Oktober 2009 die National Arts and Disability Strategy. Diese Strategie

umfasst vier Hauptbereiche: die Beseitigung von Barrieren, die die Zugänglichkeit und die Teilhabe verhindern, die Unterstützung künstlerischer und kultureller Aktivitäten unter Menschen mit Behinderungen, die Entwicklung eines Publikums für Agenturen, die künstlerische Produkte von Menschen mit Behinderungen und einzelnen Künstlern vertreiben, und schließlich die Verbesserung der politischen Konzepte und Programme innerhalb der Regierungen. Die Maßnahmen umfassen die Unterstützung kommerzieller Kinos, um den Zugang für Personen mit Hör- und Sehbehinderungen sowie Gehörlosen und Blinden zu verbessern.

Sport und Freizeitaktivitäten für Menschen mit Behinderungen werden von der Australian Sports Commission (ASC) unterstützt. Der ASC hat das Programm Sports Ability entwickelt, das Menschen mit Behinderungen zur Teilhabe an Sport- und Freizeitaktivitäten ermutigen will. Die australische Regierung unterstützt außerdem paralympische Athleten.

Politisches Leben

In Australien gibt es ein Pflichtwahlssystem auf bundesstaatlicher und einzelstaatlicher Ebene. Die australische Wahlkommission (Australian Electoral Commission, AEC) stellt Wählern mit Behinderungen verschiedene Wahlmöglichkeiten zur Verfügung, zum Beispiel Telefonwahl für Wähler, die blind sind oder eine Sehbeeinträchtigung haben. Vor der Bundeswahl im August 2010 gab die Wahlkommission einen Leitfaden in verschiedenen zugänglichen Formaten, einschließlich Brailleschrift, Großschriftformaten und Audioform heraus. Der AEC veröffentlichte Informationen, wie jedes einzelne Wahllokal für behinderte Wähler zu erreichen ist; jedes Wahllokal verfügte über mindestens einen rollstuhlgänglichen Tisch mit einem Wahl-Bildschirm. Staatliche und territoriale Gesetze sehen Bestimmungen zur Unterstützung von Wählern mit einer Behinderung vor.

Soziale Unterstützung

„Das aktuelle Unterstützungsprogramm für Menschen mit Behinderungen ist unzureichend, unfair, zersplittert und ineffizient, es bietet Menschen mit Behinderungen wenig Auswahl und keine Sicherheit, die für sie entsprechende Hilfe in Anspruch zu nehmen.“¹² Diese im Entwurfsbericht „Disability Care and Support“ der Produktivitätskom-

mission gewonnene Schlüsselerkenntnis ist die Grundlage für die Empfehlung der Kommission, ein neues Programm (National Disability Insurance Scheme, NDIS) einzuführen, das allen Australiern im Falle einer einschneidenden Behinderung Versicherungsschutz gewährt. Der Schlussbericht soll der australischen Regierung am 31. Juli 2011 unterbreitet werden. Während der australische Bundesverband der Behindertenorganisationen Australian Federation of Disability Organisations (AFDO) das vorgeschlagene Programm NDIS unterstützt, steht eine Stellungnahme seitens der Regierung bezüglich dieses Programms und anderer Empfehlungen noch aus.

Das NDIS-Programm sieht eine langfristige anspruchsvolle Pflege und Unterstützung vor, aber keinen Einkommensersatz. Viele behinderte Menschen müssen sich auf eine staatliche Einkommenshilfe als einzige oder Haupt-Einkommensquelle verlassen. Das eigentliche Sicherheitsnetz für Menschen im arbeitsfähigen Alter ist die Disability Support Pension (DSP). Im Juni 2010 erhielten 793.000 Personen Leistungen aus diesem Programm; dies entspricht fast fünf Prozent der australischen Arbeitskräfte. Im Anschluss an einige politische Debatten Anfang 2011 verkündete die Regierung im Mai 2011 ihre Absicht, die Beschäftigungsanreize für DSP-Empfänger zu erhöhen, um die Quote ihrer Wiedereingliederung auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Das Home and Community Care (HACC) Program, eine gemeinsame Initiative der bundes-, einzelstaatlichen und territorialen Regierungen, stellt Dienste wie etwa häusliche Assistenz, Gesundheitspflege und Pflegedienste sowie persönliche Pflege zur Verfügung.

Lebensqualität

Sowohl die Behindertenübereinkunft als auch die breiter angelegte National Disability Strategy zielen darauf ab, die Lebensbedingungen für Australier mit Behinderungen, ihre Familien und Pfleger zu verbessern.

- Die Vision des NDS ist „eine inklusive australische Gesellschaft, die Menschen mit Behinderungen befähigt, ihr Potential als gleichberechtigte Bürger einzubringen.“¹³ Im Rahmen des NDS müssen die Beauftragten der Community and Disability Services der COAG zum ersten Mal Anfang 2012 Bericht erstatten (und dann alle zwei

Jahre) zu den etwa 19 Trendindikatoren des NDS, die in den Leistungs- oder ähnlichen Indikatoren des NDA aufgeführt sind.

- Das übergreifende Ziel der Behindertenübereinkunft ist es, dass „Menschen mit Behinderungen und ihre Pfleger eine verbesserte Lebensqualität erhalten und als wertgeschätzte Mitglieder an der Gemeinschaft teilhaben“¹⁴. Das Erreichen dieses Zieles wird an zehn Indikatoren gemessen. Obwohl das Programm der Behindertenübereinkunft am 1. Januar 2009 startete, stehen noch nicht genügend Daten zur Verfügung, um beurteilen zu können, ob Fortschritte erzielt wurden, wie der COAG Reform Council in seiner Behindertenübereinkunft, dem *Leistungsbericht 2009-10* mitteilt, der COAG vorgelegt am 29. April 2011.

Die am 9. August 2011 durchgeführte Volkszählung 2011 wird aktuelle und detaillierte Daten zu Tage bringen, die Rückschlüsse auf einige Trends im Vergleich zu den Daten aus dem Jahr 2006 zulassen werden; die neuesten Daten aus der Volkszählung von 2011 werden im Juni 2012 veröffentlicht.

Umgang mit Ausgrenzung

In einem Konzept, das als Antwort auf die Agenda der Regierung über soziale Inklusion verfasst wurde, schreibt die AFDO im Mai 2010: „Trotz der Gesetze und politischen Programme, die zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Behinderungen in Australien konzipiert wurden, gehören Menschen mit Behinderungen immer noch zu den am meisten gesellschaftlich ausgeschlossenen Menschen. Es gibt viele sichtbare Anzeichen und solche, die man leichter bereit ist anzunehmen: eine geringere Ausbildungsabschlussrate und eine geringere Beschäftigungsrate, eine größere Neigung alleine zu leben, und Probleme, bestimmte Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können. Von genauso großer Bedeutung sind die nicht sichtbaren und schwer messbaren Faktoren: [...] die Tatsache, dass Menschen mit Behinderungen immer noch in Einrichtungen isoliert sind und zwar entweder im wahrsten Sinne des Wortes oder als passive Empfänger abgegrenzter Dienstleistungen.“¹⁵

Frauen schützen

Ein Thema, worüber Behindertenorganisationen sehr besorgt sind, ist der Missbrauch von und die Gewalt gegen Frauen mit Behinderun-

gen.¹⁶ Im Februar 2011 unterzeichnete COAG den nationalen Plan zur Reduzierung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder 2010-2022 (National Plan to Reduce Violence against Women and their Children 2010-2022). Diese Initiative umfasst spezifische Aktionen für Frauen mit Behinderungen wie zum Beispiel die Untersuchung und die Förderung von Wegen, wie man Frauen mit Behinderungen den Kontakt zu Beratungsstellen erleichtern kann, die auf häusliche Gewalt und sexuelle Übergriffe spezialisiert sind.

„Nicht therapeutische“ Sterilisation

Behindertenorganisationen haben wiederholt die australische Regierung für die Praxis der so genannten „nicht therapeutischen“ Sterilisation in Australien kritisiert. Die australische Organisation für Frauen mit Behinderungen (Women With Disabilities Australia, WWDA) beanstandet, dass durch diese fortdauernde Praxis Frauen und Mädchen mit Behinderungen das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das Recht einer Frau auf freie Fortpflanzungswahl verweigert wird. Laut WWDA stellt ein „Eingriff, der ohne die Einwilligung der zu behandelnden Person zu einer Sterilisation führt“, eine „Zwangssterilisation“ dar und verletzt – unter anderem – die Bestimmungen der UN-BRK.¹⁷ Die Organisation People with Disability Australia (pwd) stellt fest, dass „trotz der Empfehlungen sowohl des UN-CRC-Ausschusses als auch des CEDAW-Ausschusses Australien die nicht-therapeutische Sterilisation von Kindern unabhängig von der Behinderung – mit Ausnahme einer ernsthaften Bedrohung für Gesundheit und Leben – noch immer nicht verboten hat.“¹⁸

Freizügigkeit

Ein anderes Thema, das Behindertenorganisationen Sorgen bereitet, ist die Frage der Lebensform, insbesondere von Menschen mit Behinderungen, die in Wohnheimen leben. People with Disability Australia beanstandet, dass „obwohl normalerweise kein Gesetz Menschen mit Behinderungen zwingt, in solchen Einrichtungen zu leben, diese jedoch keine andere Alternative haben, wenn sie Zugang zu notwendigen Unterstützungsdiensten in Anspruch nehmen wollen. [...] Die Unterbringung von Menschen mit Behinderungen in solchen Einrichtungen ist daher eine Folge von Behinderung und eine ausdrückliche Verletzung von Artikel 14.“¹⁹ Aus diesem Grund sollten laut pwd die Regierungen alle Wohnheime für Menschen mit Behinderungen schließen.²⁰

Evaluation

Die UN-BRK hat nicht durch seine bloße Existenz die Herausforderungen und Probleme geändert, mit denen Menschen mit Behinderungen konfrontiert sind. Aber es liefert einen Maßstab, einen gesetzlichen Rahmen und eine Grundlage für einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess für das Leben behinderter Menschen. Seit der Ratifizierung der UN-BRK hat Australien eine Reihe neuer Initiativen und Programme zur Verbesserung der Lebensqualität für Menschen mit Behinderungen gestartet, möglicherweise nicht nur aufgrund des Übereinkommens, aber mit Sicherheit im Geist der UN-BRK.

Mit der nationalen Behindertenstrategie artikuliert Australien zum ersten Mal langfristige Ziele im Rahmen einer Reihe wichtiger politischer Bereiche, die eine Auswirkung auf Menschen mit Behinderungen, ihre Familien und Pfleger haben. Diese Strategie kann auch die Grundlage und der Maßstab für ein Umdenken in der Gesellschaft sein. Unter politischen Gesichtspunkten haben die CRPD und die meisten Forderungen der Behinderten eine zweifache Unterstützung. Während die Howard-Regierung sich während des Entstehungsprozesses des Übereinkommens skeptisch zeigte, passte sie ihre Haltung rechtzeitig an und unterzeichnete im Jahr 2007 die UN-BRK; die Ratifizierung erfolgte durch die Rudd-Regierung. Heute wird die UN-BRK sowohl von der Gillard-Regierung als auch von der Opposition unterstützt.

In ihrem im Zusammenhang mit der UN-BRK „ersten Bericht“ zeichnete die australische Regierung ein überaus positives Bild. Behindertenverbände erkennen an, dass auf verschiedenen Gebieten Fortschritte erzielt wurden, sehen aber noch einen langen Weg für Australien, bis die Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen nicht mehr nur auf dem Papier steht, sondern auch im täglichen Leben erfahrbar wird. Auf vielen Gebieten können Lösungen nur durch zusätzliche finanzielle Unterstützung gelöst werden (zum Beispiel um die Schulbeteiligung zu erhöhen und Chancengleichheit in der Bildung herzustellen) und durch ein besseres Verständnis der Allgemeinheit für die Probleme von Menschen mit Behinderungen, ihren Familien und Pflegern.

Der ausstehende NGP-Schattenbericht, der im Oktober 2011 der UN unterbreitet werden soll, wird ein klares Bild über die durch die

Behindertenorganisationen vorgenommene Bewertung über den Stand der Durchführung der UN-BRK wiedergeben.

Übersetzer: Doris Isabelle Reusch

Referenzen und weitere Informationen

- Attorney-General, Australia 's Human Rights Framework, 21. April 2010 ([http://www.ag.gov.au/www/agd/rwpattach.nsf/VAP/\(689F2CCBD6DC263C912FB74B15BE8285\)~HumanRightsFramework%5B1%5DPDF.pdf/\\$fileHumanRightsFramework%5B1%5DPDF.pdf](http://www.ag.gov.au/www/agd/rwpattach.nsf/VAP/(689F2CCBD6DC263C912FB74B15BE8285)~HumanRightsFramework%5B1%5DPDF.pdf/$fileHumanRightsFramework%5B1%5DPDF.pdf))
- Australian Bureau of Statistics, Disability, Australia 2009, 2. Mai 2011
- Australian Bureau of Statistics, Disability, Ageing and Carers, Australia: Summary of Findings 2009, 16. Dezember 2010
- Australian Federation of Disability Organisations, Social Inclusion Policy Paper, Hobson, Leah, Mai 2010 (<http://www.afdo.org.au/system/files/Word+2007++Social+Inclusion+Policy+Paper+-+Final.doc>)
- Australian Government, A Stronger, Fairer Australia, 2009 (http://www.socialinclusion.gov.au/sites/www.socialinclusion.gov.au/files/publications/pdf/report_stronger_fairer_australia.pdf)
- Australian Institute of Health and Welfare, „Disability in Australia“, Bulletin 61, Juni 2008 (<http://www.aihw.gov.au/publication-detail/?id=6442468143>)
- Australian Social Inclusion Board, Annual Report 2010, Dezember 2010 (<http://www.socialinclusion.gov.au/sites/www.socialinclusion.gov.au/files/publications/pdf/asib-board-annual-repor-2010.pdf>)
- Australia 's declaration to the Convention on the Rights of Persons with Disabilities, 17 July 2008 (<http://www.un.org/disabilities/default.asp?id=475>)
- Australia's Initial Report under the Convention on the Rights of Persons with Disabilities, 3. Dezember 2010 ([http://www.ag.gov.au/www/agd/rwpattach.nsf/VAP/\(3A6790B96C927794AF1031D9395C5C20\)~Australias+initial+report+under+the+Convention+on+the+Rights+of+Persons+with+Disabilities+-+December+2010.pdf/\\$file/Australias+initial+report+under+the+Convention+on+the+Rights+of+Persons+with+Disabilities+-+December+2010.pdf](http://www.ag.gov.au/www/agd/rwpattach.nsf/VAP/(3A6790B96C927794AF1031D9395C5C20)~Australias+initial+report+under+the+Convention+on+the+Rights+of+Persons+with+Disabilities+-+December+2010.pdf/$file/Australias+initial+report+under+the+Convention+on+the+Rights+of+Persons+with+Disabilities+-+December+2010.pdf))

- COAG Reform Council, *National Disability Agreement: Performance Report 2009-10*, 29. April 2011 (<http://www.coagreformcouncil.gov.au/reports/disability.cfm>)
- Council of Australian Governments, *National Disability Agreement*, 29. November 2008 (http://www.dhcs.act.gov.au/__data/assets/pdf_file/0019/103942/National_Disability_Agreement.pdf)
- Council of Australian Governments, *National Disability Strategy*, 13. Februar 2011 (http://www.fahcsia.gov.au/sa/disability/prog-serv/govtint/nds_2010_2020/Documents/National_Disability_Strategy_2010_2020.pdf)
- Cultural Ministers Council, *National Arts and Disability Strategy*, 9. Oktober 2009 (<http://www.cmc.gov.au/sites/www.cmc.gov.au/files/arts-disability-0110.pdf>)
- National Human Rights Consultation Report, September 2009 (http://www.humanrightsconsultation.gov.au/www/nhrcc/nhrcc.nsf/Page/Report_NationalHumanRightsConsultationReportDownloads#pdf)
- National People with Disabilities and Carer Council, „Shut Out: The Experience of People with Disabilities and their Families in Australia“, *National Disability Strategy Consultation Report*, 2009 (http://www.fahcsia.gov.au/sa/disability/pubs/policy/community_consult/Documents/NDS_report.pdf)
- People with Disability Australia, *Accommodating Human Rights: A human rights perspective on housing, and housing and support, for persons with disability*, French, Phillip, 2009 (<http://www.pwd.org.au/documents/pubs/AccommodatingHumanRights2003.rtf>)
- People with Disability Australia, *Letter to Senate Legal and Constitutional Committee*, 17 December 2010 (<http://www.pwd.org.au/documents/pubs/SB10-CCYP-Bill.doc>)
- Productivity Commission, *Disability Care and Support*, Draft Report, Februar 2011 (<http://www.pc.gov.au/projects/inquiry/disability-support/draft>)
- Productivity Commission, *National Agreement Performance Information 2009-10: National Disability Agreement*, Dezember 2010 (http://www.pc.gov.au/__data/assets/pdf_file/0018/110088/disability-agreement-2009.pdf)
- Women With Disabilities Australia, *Assessing the situation of women with disabilities in Australia: A human rights approach*, Juni 2011 (<http://www.wwda.org.au/WWDAPolicyPaper2011.pdf>)
- Women With Disabilities Australia, *Letter to UN Special Rapporteur on Disability regarding „Forced sterilisation of girls and women*

with disabilities in Australia“, 22. Juni 2011 (http://www.wwda.org.au/WWDA_Submission_SR2011.pdf)

- *YWCA Australia and Women's Legal Services Australia, NGO Shadow Report on the Implementation of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW) in Australia, Juli 2009* (<http://www.ywca.org.au/sites/ywca.org.au/files/docs/FINAL-CEDAW-NGO-Report-Australia-July09.pdf>)

- 1| *Australiens Erklärung zum Übereinkommen der Rechte über Menschen mit Behinderungen, 2008*
- 2| *National Disability Strategy, S. 9.*
- 3| *Alle Daten stammen vom australischen Amt für Statistik (Australian Bureau of Statistics, Disability, Australia 2009) S. 2.*
- 4| *Productivity Commission, S. 105.*
- 5| *People with Disability Australia (2009), S. 19.*
- 6| *National Human Rights Consultation Report, S. 21, 28, 86.*
- 7| *Zitat von der Webseite der Regierung <http://www.socialinclusion.gov.au/>*
- 8| *National Disability Strategy, S. 16.*
- 9| *Angaben aus dem 2010 State of the Service Report*
- 10| *National Mental Health and Disability Employment Strategy, S. 1.*
- 11| *National Mental Health and Disability Employment Strategy, S. 12.*
- 12| *Productivity Commission, S. 18.*
- 13| *National Disability Strategy, S. 8.*
- 14| *National Disability Agreement, S. 3.*
- 15| *Australian Federation of Disability Organisations, S. 2.*
- 16| *NGO Shadow Report on CEDAW, S. 109.*
- 17| *Women With Disabilities Australia, Brief an den VN-Sonderbericht-erstatte für Behinderung.*
- 18| *People with Disability Australia (2010), S. 2.*
- 19| *People with Disability Australia (2009), S. 30-31.*
- 20| *People with Disability Australia (2009), p. 56.*